



Newsletter

Januar 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, dass Sie eine schöne Weihnachtszeit verbracht haben und gut ins neue Jahr gestartet sind. Für 2016 wünsche ich Ihnen und Ihren Familien alles Gute! Mir persönlich habe ich vorgenommen, die Bürger meines Wahlkreises weiter gut in der EU zu vertreten und meinen zahlreichen Aufgaben im Verkehrs- und Umweltbereich erfolgreich nachzukommen. Besonders spannend wird dabei meine Tätigkeit als Präsidentin der Meeres-Intergroup, deren Arbeit auf immer größeres Interesse stößt.

Während der ersten Plenarsitzung nach dem Jahreswechsel wurde entschieden, einen Untersuchungsausschuss zu fehlerhaften Abgasmessungen einzusetzen. Diesem werde ich als stellvertretendes Mitglied angehören, um mich für Aufklärung einzusetzen, aber gegen Pauschalurteile und Diesel-Verteufelung. Weiterhin gab es eine kontroverse Debatte mit der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydło und ein wichtiger Bericht zur Zukunft des digitalen Marktes in der EU wurde verabschiedet.

Meine Parteiarbeit für die FDP steht derzeit auch im Zeichen der Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Während meiner Zeit in Deutschland werde ich daher auch Termine im Süden Deutschlands wahrnehmen. Die ersten Auftritte in Baden-Württemberg stimmen mich positiv, dass die FDP gute Ergebnisse erzielen kann.

Viel Spaß beim Lesen dieser und anderer Themen!

Ihre

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Polens Ministerpräsidentin zur Aussprache in Straßburg	Seite 3
Abgas-Untersuchungsausschuss soll Fehlverhalten aufklären, aber keine Pauschalurteile abgeben	Seite 3
Bericht zur Zukunft des digitalen Binnenmarktes in der EU	Seite 4
Niederlande übernimmt die Ratspräsidentschaft von Luxemburg	Seite 4
Matera-Report zur Förderung von Unternehmerinnen	Seite 5

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Intergroup-Veranstaltung: Blaues Wachstum in der Ostsee	Seite 6
Kurdische Delegation in Brüssel	Seite 6
ALDE-Seminar zur Terrorismusbekämpfung	Seite 7
Die Nordsee als Kraftwerk für Europa	Seite 7
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 7

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Dreikönigstreffen in Stuttgart	Seite 8
Europäische Luftfahrt-Konferenz in Amsterdam	Seite 8
Werkbesuch bei ThyssenKrupp	Seite 8
Europaforum in Lübeck	Seite 9
Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg:	
- Gewalt gegen Frauen: Was können wir aus Köln lernen?	Seite 9
- Besuch einer Facharztpraxis für Oralchirurgie und Implantologie	Seite 10
- Streker: Natursäfte aus der Region für die Region	Seite 10

IV. Europa unter der Lupe

Fraktionen und Koalitionen im Europaparlament	Seite 11
---	----------

V. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Polens Ministerpräsidentin zur Aussprache in Straßburg

Die vielfach diskutierten Gesetzesänderungen der in Polen seit gut 3 Monaten regierenden nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) sind vielen Politikern in Europa übel aufgestoßen. Da wäre einerseits das - bei Journalistenverbänden für Empörung sorgende - Mediengesetz mit dem Ziel, die Sender wieder "polnischer" zu machen. Dieses ermöglicht es der Regierung, Journalisten, Reporter und Vorstände der öffentlichen Fernsehsender problemlos zu ernennen und abzusetzen. Gleichzeitig konnte ein Gesetz zum Verfassungsgericht durchgedrückt werden, welches es der PiS-Partei ermöglicht, über die Köpfe der Richter hinweg zu entscheiden. Es nimmt dem Gericht die Möglichkeit, verfassungswidrige Gesetze zu blockieren und damit ihre Arbeit als "Hüter der Verfassung" korrekt zu erledigen.

Aufgrund dieser besorgniserregenden Ereignisse war ein schnelles und angemessenes Handeln der Europäischen Union sehr wichtig. Die europäische Gemeinschaft darf nicht riskieren, dass unsere liberalen Werte wie Demokratie und Pressefreiheit gefährdet werden. Der neue Mechanismus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedsländern wurde zum ersten Mal angewendet. Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło stellte sich in Straßburg einer Aussprache mit dem Europäischen Parlament und wollte Bedenken ausräumen. Das gelang nicht. Die Zuschauerränge waren gefüllt mit polnischen Gästen, gekleidet in alten Trachten und Polen-Schals, welche entgegen der Etikette kritische Sprecher mit Rufen und Pfiffen bedachten und Beiträge von anderen Sprechern mit großem Beifall begleiteten. Die Debatte selbst drehte sich oft im Kreis. Frau Szydło machte inhaltlich einen großen Bogen um Erklärungen, beteuerte aber unentwegt, wie wichtig ihr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Europa seien.

Es ist die Aufgabe der EU, der polnischen Bevölkerung zu zeigen, dass sie uns nicht egal ist und dass wir geeint gegen diese Entwicklungen vorgehen wollen. Vergleiche mit Putins Russland, wie man sie vom EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz hörte, möchte ich jedoch nicht bemühen. Diese Aussage zeugt von mangelndem Fingerspitzengefühl und Respekt. Denn in Polen wird das Leid nicht vergessen, welches man im 20. Jahrhundert von Seiten der Deutschen und Russen erfuhr. Man spielt der polnischen Regierung mit solchen Aussagen in die Hände und verstärkt nur anti-deutsche und anti-europäische Ressentiments. Wir sollten unserer europäischen Gemeinschaft und vor allem der polnischen Bevölkerung vertrauen. Die Unterstützung der Regierungspartei ist in Polen bereits um 10% eingebrochen - ein starkes Zeichen, dass sich die bürgerliche Gesellschaft wehrt.

Abgas-Untersuchungsausschuss soll Fehlverhalten aufklären, aber keine Pauschalurteile abgeben

Mit dem Votum des Plenums am Donnerstag wurde ich als stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie bestätigt. Der Untersuchungsausschuss wird offenlegen, ob Kommission und Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung von EU-Gesetzgebung zur Abgasmessung Fehler gemacht und Verstöße ignoriert haben. Das ist eine wichtige Aufgabe. Die Institutionen haben die Pflicht, bestehende Gesetze anzuwenden. Die Nutzung sogenannter ‚Defeat Devices‘ wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Erkenntnisse des Ausschusses werden in die Gesetzgebung einfließen, um solches Fehlverhalten abzustellen. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Ausschusses, über die Autoindustrie zu urteilen oder den Dieselmotor zu verteufeln, was auch dem Klimaschutz wenig zuträglich wäre.

Der nicht-ständige Untersuchungsausschuss soll in den nächsten 12 Monaten untersuchen, inwieweit die Kommission und Mitgliedsstaaten versäumt haben, die Betrugsfälle bei der Abgasmessung von PKW aufzudecken und zu ahnden. Insbesondere soll dabei der Einsatz von Abschaltvorrichtung oder ‚Betrugssoftware‘ untersucht werden. Der Ausschuss wird aus insgesamt 45 Mitgliedern bestehen.

Bericht zur Zukunft des digitalen Binnenmarktes in der EU

Der Umgang mit der zunehmenden Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft ist für die Freien Demokraten ein sehr wichtiges Thema. Klar ist, dass ein grundlegender Wandel stattfindet, der Kommunikation, Konsumverhalten und Lebensbedingungen - kurz gesagt unseren gesamten Alltag - nachhaltig verändern wird. Wir Liberalen nehmen diese Veränderungen als Chancen wahr und möchten die Potenziale frühzeitig erkennen und nutzen. Daher passt es auch, dass ein Initiativbericht des Parlaments zu diesem Thema von der liberalen Abgeordneten Kaja Kallas betreut wurde. In dieser Plenarsitzung wurde die finale Version des Berichts verabschiedet.

Der Bericht bezieht sich auf eine Kommunikation der Europäischen Kommission, in der 16 konkrete Initiativen im Rahmen einer digitalen Strategie vorgestellt wurden. Diese Strategie wurde in drei Teile gegliedert: Zugang für Nutzer, Aufbau der Infrastruktur, Wachstum der digitalen Wirtschaft. Der Bericht des Parlaments hat sich auf diese Kommunikation bezogen, um den Text maßgeblich nach den eigenen Vorstellungen zu verändern. Folgende Punkte waren für die liberale Fraktion von Bedeutung: Zunächst ist es wichtig, die Entwicklungen als Chancen wahrzunehmen und nicht durch gesetzliche Barrieren zu limitieren. Regeln müssen klar und verständlich sein. Sollte Europa frühzeitig den Anschluss verlieren, hätten wir in Zukunft ein gewaltiges Problem. Innovationen und Unternehmertum müssen also gefördert werden. In Sachen Infrastruktur benötigen wir einen europäischen Ansatz, damit eine lähmende Zerstückelung des digitalen Netzes vermieden wird. Zudem müssen die Gesetze für den Austausch digitaler Waren oder von Gütern, die über das Netz gehandelt werden, einheitlich sein. Konsumenten müssen dabei die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern haben. Die meisten Abgeordneten sahen das ähnlich. Der Bericht wurde letztlich mit großer Mehrheit unterstützt.

Wir, die FDP-Delegation im Europäischen Parlament, begrüßen die Plenar-Abstimmung über den Bericht ausdrücklich, denn innovative Unternehmen dürfen in der Start-up und Wachstumsphase nicht mit Bürokratie, Hürden und veralteten Wettbewerbsregeln konfrontiert werden. E-Government, E-Services in öffentlichen Verwaltungen und Rückenwind für traditionelle Industrien bei der Transformation müssen ganz oben auf der Agenda stehen. Digitalisierung wird auch im Transportbereich eine herausragende Rolle spielen. Neue Phänomene wie selbstfahrende Autos, Drohnen oder Fahrdienste wie Uber werden das Transportwesen nachhaltig verändern. Ein gutes Beispiel für die derzeitigen Schwächen des digitalen Marktes in Europa ist der Kauf von Bahntickets: Jeder, der mal versucht hat, im Internet ein grenzüberschreitendes Bahnticket zu buchen, weiß das. Man kann über die Seite der Deutschen Bahn nur Züge buchen, die auch von der Deutschen Bahn (mit)betrieben werden. Ein durchgehendes Ticket von Trier nach Antwerpen werden Sie dort nicht finden. Zum Abschluss noch eine interessante Anekdote: Es passt gut, dass die Berichterstatterin Frau Kallas aus Estland kommt, denn dieses kleine baltische Land ist ein Vorreiter in der Digitalisierung. Internet ist flächendeckend verfügbar und Regierungsbehörden arbeiten fast ausschließlich ohne Papier. Ein echtes Vorbild für unsere Europäische Union.

Niederlande übernimmt die Ratspräsidentschaft von Luxemburg

Gemessen an den extrem schwierigen Umständen war die luxemburgische Ratspräsidentschaft ein Erfolg, denn das vergangene halbe Jahr stand ganz im Zeichen der Flüchtlingskrise und der terroristischen Anschläge. Die liberale Regierung unter Xavier Bettel hat sich jedoch mit aller Macht dafür eingesetzt, dass die gemeinsamen Werte und Prinzipien gewahrt werden. Das Schengen-Abkommen wurde - leider nicht ganz erfolgreich - gegen Angriffe verteidigt. Schwierige Verhandlungen zum Beispiel beim Datenschutz und zum Haushalt wurden beendet. Im Transportbereich hat es Luxemburg geschafft, die zweijährige Blockade der Mitgliedsstaaten zum politischen Teil des vierten Eisenbahnpakets im Rat zu überwinden, sodass nun die Trilogie mit der Kommission und dem Parlament beginnen können. Luxemburg hat bewiesen, dass es zwar ein kleiner Nationalstaat, aber ein großes europäisches Land ist.

Ein anderer Benelux-Staat, nämlich die Niederlande, hat zu Beginn des Jahres den Staffelstab übernommen. Auch für die Holländer wird es ein schwieriges halbes Jahr, da es zahlreiche interne und externe Spannungen gibt, angefangen mit der Flüchtlingskrise, dem Terror und der Radikalisierung, über den Euroskeptizismus, der BREXIT Frage und der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wie gewohnt, stellte sich der amtierende Ratsvorsitzende Mark Rutte einer Aussprache mit den

Parlamentariern. Die liberale Fraktion machte deutlich, dass der europäische Binnenmarkt erweitert werden sollte, zum Beispiel mit Bezug auf Energie, Telekommunikation und Transport.

In meiner Rede äußerte ich drei Wünsche: Erstens, der einheitliche europäische Luftraum mit direkten Flugrouten statt Zickzackkurs sollte endlich realisiert werden, um unsinnige Kosten und Emissionen zu vermeiden. Ich hoffe, es gelingt dem diplomatischen Geschick der Niederländer, die Souveränitätsfrage über Gibraltar zwischen Großbritannien und Spanien außen vor zu lassen und beide zu überzeugen, dass es hier um Mobilität für EU-Bürger und Waren geht – eine unserer Grundfreiheiten. Zweitens, die europäische Küstenwache, die wir Liberalen seit langem fordern, ist jetzt zwingend erforderlich, um die europäischen Außengrenzen effektiver zu schützen. Zu guter Letzt muss drittens das Potential des „blauen Wachstums“ gefördert und damit die nachhaltige maritime Wirtschaft noch mehr in den Fokus gerückt werden. In meiner Funktion als Präsidentin der Meeresgruppe baue ich auf gute Zusammenarbeit mit den maritim orientierten Niederländern, erste Gespräche waren bereits erfolgsversprechend. Übrigens ein interessanter Fakt am Rande: Es wird bereits die zwölfte Ratspräsidentschaft des nordeuropäischen Landes sein.

Matera-Report zur Förderung von Unternehmerinnen

Während der Plenartagung in Straßburg wurde ein Bericht über Hindernisse für weibliches Unternehmertum vorgestellt und angenommen. Europaweit sind nur gut 31% der selbstständigen Unternehmer Frauen. Die Beschäftigungsrate liegt damit nicht nur unter dem angestrebten Ziel für 2020, sondern auch weit hinter der Beschäftigungszahl für Männer. Der Bericht fordert, dass die existierenden Hindernisse beseitigt werden müssen. Ansetzen sollten wir zum Beispiel beim Zugang zu Finanzierungen und Dienstleistungen. Oft werden nämlich Investitionsprogramme von Männern bevorzugt und eher gefördert. Dies hat auch damit zu tun, dass Frauen klassischerweise kleine Unternehmen in weniger lukrativen Sektoren gründen wie dem sozialen Bereich. Untersuchungen in Großbritannien haben gezeigt, dass generell Frauen beim Zugang zu Krediten, egal in welcher Höhe, benachteiligt werden. Als Konsequenz daraus gibt es dort jetzt ein Programm, in dem Banken angehalten werden, eine Zeitlang bevorzugt Kredite an Frauen zu geben.

Das volle Potential der Frauen kann mit den aufgezeigten Hindernissen nicht ausgeschöpft werden, Talente werden verschwendet, und daran verlieren nicht nur Frauen, sondern die gesamte Gesellschaft. Durch geeignete Bildungsmaßnahmen müssen mehr Frauen für die Idee des Unternehmertums begeistert, auf ihre individuellen Stärken hingewiesen und bei Unternehmensgründung beraten und begleitet werden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei – mal wieder - auf der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Hier müssen noch bessere Möglichkeiten geschaffen werden, beides unter einen Hut zu bekommen und aus dem klassischen Rollenbild in der Familie herauszutreten. Zusätzlich fordert das Parlament die Einrichtung eines Europäischen Business-Zentrums für Frauen, welches schwerpunktmäßig Initiativen der Kommission für Unternehmerinnen bewerben soll.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Intergroup-Veranstaltung: Blaues Wachstum in der Ostsee

Genau vor einem Jahr wurde die Intergroup bzw. interfraktionelle Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (www.searica.eu, von mir oft "Meeresgruppe" genannt) gegründet und ich als Präsidentin gewählt. Im vergangenen Jahr haben wir fünf große, sehr gut besuchte Konferenzen ausgerichtet mit hochrangigen Teilnehmern wie dem maltesischen Kommissar für Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Karmenu Vella, oder dem Preisträger des Deutschen Umweltpreises, Mojib Latif. Daneben haben eine Vielzahl von Expertentreffen stattgefunden und es gab Beteiligungen an der parlamentarischen Ausschussarbeit, in denen Änderungsanträge von Mitgliedern gemeinsam vorbereitet und eingereicht wurden.

In diesem Jahr soll es genauso ambitioniert weitergehen. Bereits am 13. Januar habe ich gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Abgeordneten Ulrike Rodust (S&D) und der Finnin Sirpa Pietikäinen (EVP) eine Veranstaltung zum "Blauen Wachstum in der Ostsee" organisiert. Vor rund 80 Teilnehmern haben Redner aus Deutschland, Finnland und Schweden darüber diskutiert, wie transnationale Zusammenarbeit in der Region verbessert werden kann, wie wichtig die maritime Wirtschaft in den Anrainerstaaten ist und welche Investitionen bzw. Maßnahmen notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraumes zu erhöhen. Erfreulicherweise hat die Europäische Kommission auf der Konferenz drei neue Förderprogramme vorgestellt, die im März ausgeschrieben werden sollen. Sie haben ein Volumen von rund 7,5 Millionen Euro, werden aber nicht nur auf die Ostsee bezogen sein.

Die nächste Veranstaltung der Intergroup findet am 27. Januar zum Thema "Schiffe in Seenot" statt. Dort wird Violeta Bulc, die slowenische Kommissarin für Verkehr und Mobilität, die neuen Regeln zur Aufnahme von Schiffen in Seenot vorstellen, die im Anschluss an das Unglück der niedersächsischen MSC Flaminia auch auf Druck des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments ausgearbeitet wurden.

Kurdische Delegation in Brüssel

Im Januar konnten wir in meinem Büro eine dreiköpfige Delegation aus der Türkei begrüßen. Die aus Diyarbakir kommenden Politiker der pro-kurdischen HDP, welche in beiden Wahlen 2015 jeweils die 10%-Hürde überwinden konnte, wollten mit ihrem Besuch auf die schlimme Situation im Südosten der Türkei aufmerksam machen. Unter den Delegierten war auch die in Niedersachsen geborene Feleknas Uca, von 1999 bis 2009 Europaabgeordnete für Die Linke. Was wir zu hören bekamen, war erschreckend: Folter und willkürliche Festnahmen in Diyarbakir und den umliegenden Regionen sind an der Tagesordnung. Im Dezember letzten Jahres wurde eine Ausgangssperre ausgesprochen, welche bis heute gültig ist. Die Folgen: gefangene Touristen, welche die Stadt nicht verlassen können. Nicht beerdigte Leichen, die auf den Straßen verbleiben müssen. 70 getötete Zivilisten, darunter Kinder und Frauen. Gleichzeitig sind türkische Soldaten allgegenwärtig, vertreiben kurdische Jesiden aus Flüchtlingscamps, zerstören durch ihre kriegerischen Handlungen UNESCO-Weltkulturerbe und blockieren den Zugang zu Schulen und Krankenhäusern. Wir schafften es, das Thema für die Plenarwoche in Straßburg auf die Tagesordnung zu setzen. Die Aussprache im Parlament zeigte, dass eine parteiübergreifende Unterstützung für die Kurden besteht.

So wichtig die Kooperation mit Erdogan in anderen Punkten auch sein mag, dieses Ausmaß an Gewalt ist einfach nicht hinnehmbar. Natürlich ist auch die kurdische Seite nicht ganz unschuldig. Die PKK hat diesen Konflikt, in dem Waffenruhe herrschte, wieder aufflammen lassen. Hauptopfer sind aber nicht die PKK, sondern Zivilisten. Die Regierung in der Türkei aber erscheint zunehmend autokratisch. Dass Erdogan sich nun nicht mal mehr davor scheut, Gewalt in Form von Soldaten und Panzern auf die eigene Bevölkerung anzusetzen, ist sehr gefährlich. Der Einsatz muss so schnell wie möglich beendet werden und die Türkei und die Kurden wieder zurück an den Verhandlungstisch, damit der Dialog neu aufgenommen werden kann. Europa muss Rückgrat zeigen und den Kurden helfen. Wir müssen den Mut haben, für unsere Werte auch gegenüber der Türkei einzutreten. Zu denken gibt mir, dass das massive

Vorgehen des türkischen Militärs gegen die kurdische Zivilbevölkerung wieder eingesetzt hat, nachdem die EU die türkische Regierung um Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme gebeten hat.

ALDE-Seminar zur Terrorismusbekämpfung

Zu Beginn des Monats luden meine Fraktions-Kolleginnen Sophie in't Veld (Niederlande) und Maité Pagazaurtundua (Spanien) zu einem Seminar ein, in welchem über Ursachen von Terrorismus und mögliche Gegenkonzepte diskutiert wurde. Die Auswahl der Gäste war dabei sehr facettenreich. Wissenschaftler aus den Bereichen Politik, Psychologie und Religion wurden ebenso begrüßt wie ein belgischer Bürgermeister und ein Vertreter der Ausstiegsplattform für Rechtsextreme EXIT Deutschland. Ein heiß diskutiertes Thema waren Gründe für Radikalisierung junger Menschen. Die Terrorismusforschung, so der allgemeine Konsens, stagniert in dieser Hinsicht. Oft angeführte Punkte wie schlechte Lebensumstände und finanzielle Perspektivlosigkeit erklären beispielsweise nicht, wieso sich Menschen aus einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Spaniens radikalieren, so wie es bei der ETA im Baskenland zu erkennen ist. Weitere Gründe können daher auch (gefühlte) Diskriminierung und Identitätskonflikte sein. Auch neue Rekrutierungsformen tragen dazu bei, dass wir die derzeit stärkste dschihadistische Terrorismuswelle aller Zeiten erleben. Einer der Wissenschaftler führte uns ein Rekrutierungsvideo des IS vor und nicht nur mir jagte es dabei einen kalten Schauer über den Rücken. Man kann nicht leugnen, dass sich aus Europa nun schon viele, hauptsächlich männliche, junge Menschen dem IS anschlossen. Es lässt sich leicht erahnen, wie solche Videos, die eine extrem romantisierte Darstellung eines utopischen islamistischen Staats propagieren, fehlgeleitete junge Menschen anlocken. Unsere Strategie muss es sein, dieser Propaganda unsere freiheitlichen und demokratischen Werte entgegenzustellen.

Die Nordsee als Kraftwerk für Europa

In den vergangenen Monaten habe ich gemeinsam mit 19 anderen Kollegen aus neun verschiedenen Ländern an dem Papier *Northern Seas as the Power House of North-Western Europe* gearbeitet. In dem Dokument wird eine starke regionale Zusammenarbeit in der Nordsee gefordert, um mehr Engagement für den Nordsee Grid, also ein länderübergreifendes Stromnetz in der Nordsee, zu erreichen. Gerade die Vielzahl von Offshore-Windparks würde davon profitieren. Neben Deutschland bauen sowohl Dänemark als auch Großbritannien und die Niederlande ihre Energieförderung in der Nordsee massiv aus. Derzeit werden 10 GigaWatt durch Windkraft für Europa geschaffen. Der Anteil der Nordsee an der von 37 Windparks in der Nordsee produzierten Windenergie wird von EWEA für 2014 mit rund 60% angegeben - Tendenz stark steigend. Bis 2030 soll die Produktion von derzeit 10 GigaWatt in Europa auf 100 GW jährlich gesteigert werden.

Auch das Problem von Nord-Süd-Stromtrassen in Deutschland könnte dadurch teilweise gelöst werden, da Energie dann im Sinne einer Energieunion viel stärker zwischen den Staaten ausgetauscht würde als innerhalb eines Landes transportiert zu werden. Leider gestaltet sich die regionale Zusammenarbeit in der Nordsee bisher sehr schwierig, und so hat auch die niederländische Ratspräsidentschaft hier nur geringe Ambitionen. Die Übergabe war daher auch ein wichtiges Zeichen, dass dem Thema im Europäischen Parlament große Aufmerksamkeit geschenkt wird, und zwar in allen Anrainerstaaten. Dass der Vorsitzende der Arbeitsgruppe aus Luxemburg kommt, zeigt übrigens deutlich, dass die Wirkung der maritimen Wirtschaft weit über die Küstengebiete hinausgeht.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: 4. Eisenbahnpaket, Medizinprodukte
- Demnächst im Trilog: NEC, Tierarzneimittel, Hafendienstleistungen, Flugpassagierrechte
- Im Ausschuss: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Dreikönigstreffen in Stuttgart

Das traditionelle Dreikönigstreffen der Freien Demokraten fand wie immer in der vollbesetzten Stuttgarter Oper bei bester Stimmung und im aufgelockerten Talkrunden-Format statt. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, meinen Europa-Kollegen Michael Theurer, befragte Generalsekretärin Nicola Beer unsere Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen am 13. März in Baden-Württemberg (Hans-Ulrich Rülke), Rheinland-Pfalz (Volker Wissing) und Sachsen-Anhalt (Frank Sitta) zu ihren "Rezepten" für die nächste Wahlperiode. Da ein Jahr zuvor an gleicher Stelle mit Katja Suding und Lencke Steiner zwei Frauen als Spitzenkandidaten interviewt worden waren, stand die Runde dieses Mal unter dem Motto "Wir können auch Männer".

Auch Bundesvorsitzender Christian Lindner wählte für seine Rede ein Motto, nämlich "Deutschland update" mit Hinweis auf dringend erforderliche Modernisierung unserer Schulen und Wegbereitung der Politik für die Chancen der digitalen Gesellschaft. Bezüglich der anhaltenden Flüchtlingsströme gab er seiner Sorge Ausdruck, dass Merkels unabgestimmter Willkommens-Kurs ohne Strategien zur praktischen Bewältigung vor Ort nicht nur Deutschland auf Dauer überfordert, sondern auch die Europäische Union in Gefahr bringt. Natürlich brauchen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten humanitären Schutz, zumindest so lange, bis die Lage in ihrem Heimatland sich wieder stabilisiert hat. Wenn aber Kontrolle und Datenerfassung an den Außengrenzen der EU ausbleiben und einzelne Staaten als Konsequenz wieder Grenzkontrollen einführen, gefährdet dies Schengen und damit das ganze freiheitliche Konstrukt der EU.

Europäische Luftfahrt-Konferenz in Amsterdam

Europas Luftverkehrswirtschaft steht gut da, wird aber zunehmend durch wachsende Passagierzahlen und starke internationale Konkurrenz herausgefordert: 2030 soll es 50% mehr Flüge geben, einige Flughäfen stoßen schon jetzt an Kapazitätsgrenzen, stark subventionierte Airlines aus den Golfstaaten machen unseren Fluggesellschaften das Leben schwer, und Istanbul hat Frankfurt als bislang wichtigsten "Umsteige-Flughafen" abgelöst. Innovationen wie Drohnen bieten neue spannende Möglichkeiten, auch in der Lieferkette, erfordern aber gesetzliche Anpassung - nicht nur hinsichtlich Datenschutz, sondern auch bei der Sicherheit im Luftraum.

Als Reaktion darauf hat die liberale Verkehrskommissarin Violeta Bulc eine Luftverkehrsstrategie für die EU mit Gesetzesänderungen vorgelegt, die jetzt auf Einladung der niederländischen Ratspräsidentschaft im Amsterdamer Flughafen Schiphol mit Vertretern der Airlines, Flughäfen, Luftfahrtindustrie und den Verkehrsministern diskutiert wurde. Ich nahm für die ALDE-Fraktion an den Debatten und auch an der Abschlussrunde mit Kommission und Rat teil. Große Einigkeit bestand bei den vortragenden Experten darin, dass der "Einheitliche Europäische Luftraum" baldmöglichst umgesetzt werden muss. Über die jetzt beginnenden Verhandlungen zur Strategie werde ich Sie in den nächsten Monaten auf dem Laufenden halten. Als Europaabgeordnete werde ich dabei darauf achten, die verschiedenen Interessen ausgewogen zu berücksichtigen. Beispiel Golf-Airlines: für die Lufthansa sind sie ungleich besser gestellte Konkurrenten, für die Flughäfen willkommene Kunden und für Airbus wichtige Auftraggeber.

Werkbesuch bei ThyssenKrupp

Bei dem sehr beeindruckenden Werksbesuch bei ThyssenKrupp in Duisburg konnte ich hautnah den Produktionsprozess von Stahl miterleben. Die Stahlhütte in Duisburg ist der größte Stahlproduzent Europas und erstreckt sich auf 9 Quadratkilometer über mehrere Ortsteile entlang des Rheins. Bemerkenswert: Bei der Produktion hier entstehen fast keine Abfälle. Alles wird recycelt oder weiterverarbeitet – von den Rohstoffen über Abfälle bis zu Gasen, die in der Kokerei entstehen. Leider wird die Stahlindustrie zunehmend durch regulatorische Bürden von globalen Wettbewerbsnachteilen bedroht – aktuell durch den Vorschlag zur Verbesserung des Emissionshandels, der zwar insgesamt

richtig ist, aber ausgewogen und realisierbar für unsere Wirtschaft umgesetzt werden muss. Das ist umso mehr von Bedeutung, als die deutsche Stahlindustrie Hand in Hand mit Ihren verarbeitenden Industrien arbeitet.

Stahlproduktion ist heute Hightech und findet sehr vielseitig Verwendung, von Haushaltsgeräten über PKW und Offshore-Anlagen bis hin zum Weltraum. Spannend fand ich es, mir bis dahin unbekannte Produkte kennen zu lernen wie beispielsweise den „Sandwich-Stahl“, extrem dünn gewalzte Stahlbleche mit einer ebenfalls sehr dünnen Kunststoffschicht dazwischen. Und natürlich fand ich interessant und begrüßenswert, dass der Frauenanteil in den Ingenieursberufen in der Branche ansteigend ist.

Europaforum in Lübeck

Unter dem Motto "Mitreden über Europa" veranstaltet das Europäische Informationszentrum regelmäßig Podiumsdiskussionen in den Bundesländern. Da mein "Revier" ja gleich 6 Bundesländer umfasst, bin ich entsprechend oft dabei - dieses Mal im schönen Backsteingotik-Rathaus in Lübeck. Erstmals waren Europa-Abgeordnete aus 6 Fraktionen vertreten: Reimer Böge (CDU/EVP), Ulrike Rodust (SPD/S&D), Jan-Philipp Albrecht (Grüne), Helmut Scholz (Linke), Ulrike Treberius (Alfa/EKR) und ich für die FDP/ALDE. Nach fachlich zugeschnittenen Eingangsfragen der Moderatorin, einer Journalisten des NDR, an uns Abgeordnete bestimmten ausschließlich Fragen aus dem Publikum - mehr als 100 Menschen waren trotz Winterwetter gekommen - den weiteren Diskussionsverlauf.

Erstaunlicherweise spielte das Thema Flüchtlinge kaum eine Rolle. Neben TTiP (dem Freihandelsabkommen der EU mit den USA) und der Frage, welche Taten den Beschlüssen vom Klimagipfel in Paris folgen, beschäftigte die Teilnehmer vor allem die Entwicklung in Polen nach der Regierungsübernahme durch die PIS. Ulrike Trebesius verteidigte die massive Einschränkung von Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit als "legitim und völlig in Ordnung" und löste damit einen Tumult aus. Für mich ist klar: was in Polen gerade passiert, verstößt gegen alle demokratischen Grundsätze. Zu Recht gehen insbesondere junge Menschen aus Protest dagegen auf die Straße - mit Europafahne und damit deutlichem Bekenntnis zu Freiheiten und Werten der Europäischen Union.

Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg

Gewalt gegen Frauen: Was können wir aus Köln lernen?

Auf Einladung der Landtagskandidaten Dr. Julia Frank und Jochen Haußmann (MdL) trafen wir uns zu einer Gesprächsrunde mit Frauenverbänden in Schwäbisch Gmünd. Die gewalttätigen sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln waren der Auslöser, um über bestehende deutsche Gesetzgebung, Straftaten durch Flüchtlinge, Integration und Gewalt gegen Frauen zu sprechen. Einige Ergebnisse: Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch an der Tagesordnung, jede dritte Frau in Europa wurde bereits Opfer sexueller Gewalt. Um Verbesserung in Deutschland zu erreichen, muss die Bundesregierung dringend die Istanbul-Konvention ratifizieren. Alle Länder, die dies ratifizieren, verpflichten sich damit, jeglichen sexuellen Übergriff gegen den Willen einer Frau - auch "Grapschen" - unter Strafe zu stellen. Deutschland hat die Istanbul-Konvention zwar 2011 unterzeichnet und damit für richtig befunden, aber erst die Ratifizierung verpflichtet zum Handeln. Das deutsche Sexualstrafrecht muss dringend überholt werden, denn dort werden sogar Vergewaltigungen in vielen Fällen nicht als Straftat gesehen, so lange nicht noch weitere Gewaltanwendungen nachweislich vorgefallen sind. Die Zahl von sexuellen Übergriffen auf Frauen in Deutschland, die wirklich als Straftat geahndet werden, liegt im einstelligen Bereich.

Natürlich muss bestehendes Recht bei allen Verstößen konsequent angewendet werden, egal woher ein Täter kommt, also auch bei Straftaten durch Asylanten. Da aber eine Ausweisung eines anerkannten Flüchtlings oder Asylanten erst dann vorgenommen werden kann, wenn er zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung verurteilt wurde, hätten die Vorkommnisse in Köln voraussichtlich für keinen - der laut Polizeiangaben überwiegend nordafrikanischen Täter - die Ausweisung als Konsequenz. Eine Verschärfung der Bestimmungen ist also dringend erforderlich. Denn

wir waren uns darüber einig, dass die meisten Flüchtlinge als Schutzsuchende zu uns kommen und nicht diskriminiert werden dürfen, dass aber diejenigen, die diesen Schutz missbrauchen, auch damit ihr Bleiberecht verwirken.

Als dringend erforderlich sahen wir es auch an, bei der Erstaufnahme sofort auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft als festem Bestandteil unserer Werteordnung und auf das Erfordernis, dies bei einem Aufenthalt in Deutschland zu respektieren, hinzuweisen. Eine der Damen aus dem Verein "Frauen helfen Frauen" berichtete, dass in Schweden ein Integrationsleitfaden mit entsprechendem Passus allen Flüchtlingen bei Erstaufnahme übergeben wird. Ich werde mich bei schwedischen Kollegen danach erkundigen, vielleicht können wir das übernehmen.

Besuch einer Facharztpraxis für Oralchirurgie und Implantologie

Gemeinsam mit der Landtagskandidatin Dorothee Winter besuchte ich eine Facharztpraxis in Backnang und diskutierte mit den Inhabern über aktuelle nationale und europäische Gesundheitspolitik. Der Vorstoß der Bundesregierung, allen Patienten einen wohnortnahen Termin in einer Facharztpraxis innerhalb von 4 Wochen zu garantieren, ist dann illusionär, wenn in einer Kommune wie Backnang zum Beispiel kein Kinderarzt praktiziert. Hinsichtlich europäischer Gesetzgebung ist es unter anderem ein großes Anliegen des Zahnarztverbandes, dass bei der aktuellen Verhandlung über die Medizinprodukte sich die Parlamentsposition hinsichtlich Nanomaterialien - die in einer Zahnarztpraxis in vielfältiger Form vorkommen - durchsetzt. Kommission und Rat wollen, dass alle Produkte, die eventuell Nanomaterialien freisetzen können, zur höchsten Risikostufe zählen und damit besondere Genehmigungs- und Testverfahren durchlaufen müssen; das Parlament sieht dies nur vor, wenn eine Freisetzung beabsichtigt ist. Aus unserer Sicht laufen wir sonst Gefahr, dass einige Produkte gar nicht mehr oder nur zu einem wesentlich höheren Preis den Patienten zur Verfügung stehen, und das kann doch nicht im Patienteninteresse liegen. Mit solchen und anderen sehr fachspezifischen Detailfragen beschäftigte ich mich zurzeit in dem Medizinprodukte-Trilog.

Streker: Natursäfte aus der Region für die Region

Seit mehreren Generationen werden im Familienbetrieb Streker in Großaspach Natursäfte hergestellt, und zwar ausnahmslos aus Rohstoffen der Region - Streuobst und Gemüse. Die gesamte Produktpalette ist mittlerweile sogar vegan und folgt damit der aktuellen Kundennachfrage, auch aus muslimischen Familien. Früher wurde nämlich zur Klärung der naturtrüben Säfte immer Schweine-Gelatine verwendet, heute bedient sich der Familienbetrieb eines Pflanzenproteins (aus Kartoffeln oder allergenfrei aufbereiteten Erbsen) zum Herausziehen der Trübstoffe. Da der Verbraucherwunsch auch immer mehr weg vom Fruchtsaftkonzentrat hin zum Direktsaft geht, hat Firma Streker eine große Lagerhalle mit Fruchtsafttanks gebaut, aus denen dann für Lebensmittelketten abgezapft wird. Die meisten Säfte werden in der Region verkauft, aber ein Smoothie im Einwegglas beispielsweise wird deutschlandweit über Lebensmittelketten vertrieben (habe ich in Hamburg im Kühlregal gefunden). Insgesamt sind die Absatzmöglichkeiten für hochwertigen Fruchtsaft in Glasflaschen rückläufig, immer mehr wird im Tetrapack verkauft - und hier ist die Gesetzgebung gefragt: Zwangspfand oder falsche Beschlüsse bei der anstehenden europäischen Gesetzgebung zur Kreislaufwirtschaft wirken letztlich nicht nur existenzbedrohend für Familienbetriebe wie Streker, sondern sind auch kontraproduktiv bei dem Versuch, Plastikeintrag in die Meere zu bekämpfen. Berücksichtigt werden sollte ein weiterer Vorteil von Glas: der Inhalt schmeckt einfach besser, daher stellen ja auch einige Mineralwasserproduzenten wieder auf Glas um.

Hinsichtlich der Mitarbeiter: Fruchtsafttechniker sind nicht mehr leicht zu finden. Familie Streker bildet daher selbst aus, greift aber auch bei Personalmangel auf Zeitarbeitsfirmen zurück und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Im letzten Jahr wurden allein drei Mitarbeiter aus der Zeitarbeit in die Festanstellung übernommen. Ein deutliches Signal Richtung Berlin: Zeitarbeit bleibt eine Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt und sollte nicht eingeschränkt werden.

IV. Europa unter der Lupe

Fraktionen und Koalitionen im Europaparlament

Wie in nahezu jedem existierenden Parlament bilden sich auch im Europaparlament politische Fraktionen. Das bedeutet, die national gewählten Mitglieder des Parlaments schließen sich zu Beginn des Mandats zu europäischen Fraktionen zusammen. Im Moment existieren acht solcher Fraktionen, in denen insgesamt 100 Parteien aus allen 28 Mitgliedsstaaten vereint werden.

Die wichtigste Voraussetzung für das Bilden einer Fraktion ist eine Mindestanzahl von 25 Mitgliedern aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten, also mindestens sieben verschiedene Nationalitäten. Ein Parlamentarier darf dabei aber nicht Mitglied in zwei verschiedenen Fraktionen sein. Nahezu jedes der 751 Mitglieder des europäischen Parlaments gehört auch einer Fraktion an. Nur 15, meist vom extremen rechten oder linken Rand des politischen Spektrums, sind fraktionslos wie beispielsweise der NPD-Abgeordnete aus Deutschland und der Satiriker Martin Sonneborn. Der politische Einfluss von Fraktionslosen und auch die Chance, entscheidend an Gesetzen oder Stellungnahmen mitzuarbeiten, geht gegen Null. Daher versuchen auch die meisten Abgeordneten, sich einer Fraktion anzuschließen.

Nach Mitgliederzahlen bildet die christdemokratische EVP mit den deutschen CDU/CSU-Abgeordneten die größte Fraktion (216), gefolgt von der Sozialdemokratischen S&D mit der SPD (190), der (national)konservativen EKR mit AFD/ALFA (75), der liberalen ALDE (70), der linken GUE-NGL (52), den Grünen (50), der rechtspopulistischen EFDD (45) und der rechtsextremen ENF (38) unter Leitung von Marine le Pen. Falls Sie sich fragen, wo - abgesehen von den schon vorher vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken und FDP – die neuen Abgeordneten gelandet sind: die Piratin ist bei den Grünen, der Vertreter der Familienpartei genauso wie AFD/Alfa bei der EKR, der Vertreter der Tierschutzpartei bei den Linken. Insgesamt ist Deutschland als größtes Land mit 96 Abgeordneten vertreten.

Ein paar Erklärungen zu meiner Fraktion, der ALDE: Da die Parteienlandschaft in anderen europäischen Ländern oft erheblich vielfältiger ist als bei uns, kommt es oft vor, dass Vertreter/innen konkurrierender Parteien im Europaparlament in einer Fraktion zusammen arbeiten. In dieser Periode ist das erstmals auch für deutsche ALDE-Mitglieder der Fall: neben uns drei von der FDP haben wir mit der Bayerin Ulrike Müller von den Freien Wählern ein weiteres deutsches Mitglied. Das ist aber nichts gegen die acht spanischen Kollegen, die aus vier verschiedenen Parteien stammen, die sich zu Hause gar nicht grün sind: ein Katalane aus Barcelona, der an vorderer Stelle für die Unabhängigkeit Kataloniens kämpft (und daher auch meist englisch und nicht spanisch spricht), sieht sich bei uns zwei Katalanen gegenüber, die genau dies verhindern wollen. Und unsere Baskin, die für die Unabhängigkeit des Baskenlandes kämpft, hat vier Abgeordnete gegen sich, die damit gar nicht einverstanden sind.

Die Fraktionen diskutieren die Gesetzesvorlagen und legen durch Debatten den Fraktionsstandpunkt fest. Im Vergleich zu traditionellen Parlamenten ist die Fraktionsdisziplin im Europäischen Parlament geringer. Im Groben sollten die Parteien einer Fraktion eine ähnliche politische Gesinnung haben. Oft sind Details aber sehr länderspezifisch, weshalb Mitglieder ein und derselben Fraktion auch mal unterschiedlich abstimmen können. Das hängt auch oft von den einzelnen Ausschüssen ab. Im Fischereiausschuss kommt es zum Beispiel häufig vor, dass Abgeordnete aus unterschiedlichen Fraktionen, aber aus den gleichen Ländern (zum Beispiel aus Spanien) sich zusammenschließen, um ihr nationales Interesse zu verteidigen. Im Verkehrsausschuss wurde das zuletzt bei der Frage zum einheitlichen Luftraum deutlich. Die Spanier formierten sich fraktionsübergreifend, wegen der Einbeziehung Gibraltars, das zwar an Spanien grenzt, aber britisches Territorium ist. Das sind die Eigenarten des Europäischen Parlamentes...

Eine absolute Mehrheit gibt es für keine Fraktion und meist ebenso wenig effektive Koalitionsabsprachen, weshalb sich ständig neue Mehrheiten vor Abstimmungen bilden. Das ist insofern interessant, als nicht das „Recht des Stärkeren“ gilt, sondern mit Sachargumenten überzeugt werden muss, was ich besonders demokratisch finde.

V. Terminvorschau

25.-28.01.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
27.01.	Brüssel	Meeresgruppe "Schiffe in Seenot" (Flaminia-Havarie)
28.01.	Göttingen	Bürgerforum „Mitreten über Europa“
30.01.	Berlin	Meeresdebatte beim Green Me Filmfestival „Ocean-Life-Water“
01.02.	Berlin	Bundesvorstandssitzung FDP
01.-04.02.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Trilog Medizinprodukte
05.02.	Schriesheim	Veranstaltung „Digitaler Binnenmarkt“
06.02.	Heidenheim	Weibliches Unternehmertum

25. Januar 2016